

So könnte die Uni Basel zu neuem Geld kommen

Wegen des Entlastungspakets des Bundes muss die Universität 4 bis 5 Millionen Franken pro Jahr einsparen.

Hans-Martin Jermann

Das Entlastungspaket 2027 des Bundes ist unter Dach und Fach. Für die Hochschulen mit zwiespältigem Ergebnis. «Es wird auf dem Buckel der Bildung gespart. Immerhin konnten wir einige gröbere Kürzungen vermeiden», kommentiert die Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss, bis vor kurzem Präsidentin der Finanzkommission. Die ETH, die kantonalen Universitäten und der Nationalfonds müssen total rund 260 Millionen Franken pro Jahr sparen.

Die Universität Basel verliert in der Grundfinanzierung vier bis fünf Millionen Franken pro Jahr, wie deren Sprecher Matthias Geering auf Anfrage bekannt gibt. «Zudem sinkt die Planungssicherheit, da diese Bundesbudgets neu jährlich gesprochen werden und nicht sicher

ist, ob es zu weiteren Reduktionen kommt», sagt Geering.

Nationalrätin Brenzikofer für neuen Finanzausgleich

Die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer hat die Kürzungen im Parlament bekämpft: «Diese beeinträchtigen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und stehen im Widerspruch zur strategischen Bedeutung von Bildung und Forschung für die Schweiz», sagt sie. Nun gelte es zu verhindern, dass die Universitäten die Studiengebühren erhöhen oder bei wichtigen Disziplinen grössere Abstriche machen müssen. Brenzikofer will mit einer Interpellation an den Bundesrat Möglichkeiten ausloten, wie die Universitäten trotz des Sparhammers zu neuem Geld kommen könnten. Den Vorstoss unterzeichnet haben

neben Wyss auch die Basler Nationalrätinnen Sibel Arslan (Grüne) und Patricia von Falkenstein (LDP) sowie ihre Baselbieter Kollegin Samira Marti (SP).

Eine Idee lanciert Brenzikofer gleich selber: Demnach könnte der Bund in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) einen Mechanismus einbauen, mit dem sich Nicht-Universitätskantone stärker an den Lasten der Universitätskantone beteiligen. Heute tragen jene Kantone, die über keine eigene Uni verfügen, nur einen Bruchteil der Vollkosten für ihre Studierenden, sie sind also Trittbrettfahrer. «Das heutige System ist nicht gut. Es schafft einen Graben zwischen Hochschul- und Nicht-Hochschulkantonen», findet Brenzikofer.

Auch SP-Nationalrätin Wyss findet, dass nun eine Anpassung des NFA zugunsten der Hoch-

schulkantone im Fokus stehen müsse. Wyss hat im vergangenen Herbst eine weitere Variante ins Spiel gebracht. Demnach soll künftig jenes Drittel, das der Bund von den Gewinnen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) erhält, in einen Fonds zur Finanzierung der Hochschulen gesteckt werden. Aktuell fliesst ein Teil dieses Geldes in den Abbau der Schulden wegen der Corona-Pandemie. Grünen-Nationalrätin Brenzikofer will denn auch in ihrem neuen Vorstoss vom Bundesrat wissen, was er von dieser Fonds-Idee hält.

Kantone rechnen fix mit den Nationalbank-Gewinnen

Von der Konstruktion her logischer, aber politisch unrealistischer wäre es, diesen Hochschul-Fonds mit den Ausschüttungen der SNB an die Kantone zu finanzieren. Unrealistischer

deshalb, weil viele Kantone fix mit SNB-Gewinnen rechnen. Diese Variante macht eine Verfassungsänderung nötig. Dazu wäre die Zustimmung einer Mehrheit der Kantone nötig. Zugleich ist diese Mehrheit nicht Träger einer Universität. Schliesslich könnte als weitere Möglichkeit ein Stabilitätsfonds geschaffen werden, der Schwankungen in der Hochschulfinanzierung ausgleicht.

Brenzikofer hat sich bewusst für das milde Instrument der Interpellation entschieden: Sie wolle nun zuerst in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten der Bundesrat zur Sicherung der Hochschulfinanzierung sieht. Auf dieser Basis lasse sich dann weiter diskutieren. «Fordere ich jetzt mit einem Vorstoss eine Änderung des NFA und wird dieser abgelehnt, dann ist die Idee für lange Zeit vom Tisch.»